



P.b.b.
02Z032107M
Erscheinungsort 5020
Salzburg
Verlagspostamt 5020
Salzburg

STADT : SALZBURG

Amtsblatt

der Landeshauptstadt Salzburg

14. Mai 2004
Folge 9/2004

Inhalt

Flächenwidmungspläne	2, 3
Verfahren gemäß § 24 Abs.3 ROG 1998.....	3
Bebauungspläne	3 – 5
Steuerterminkalender Juni 2004	5
Impressum.....	5
Kanalbau.....	6 – 10
Öffentliche Ausschreibung	11

Kundmachungen

Flächen- widmungspläne

Magistrat Salzburg
Zahl: 9/00/25271/04/26

Salzburg, 4. Mai 2004

Betrifft:
Änderung des Flächenwidmungsplanes der Landeshauptstadt Salzburg (Flächenwidmungsplan 1997 - FWP 1997) für ein Gebiet im Bereich des Salzburg Airport – Parkplatzerweiterung; hier: Kundmachung der öffentlichen Auflage des Entwurfes der beabsichtigten Änderung

Kundmachung

Gemäß § 21 Abs. 5 in Verbindung mit § 23 Abs. 3 Salzburger Raumordnungsgesetz 1998 - ROG 1998, LGBl. Nr. 44/1998, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 36/2004, wird kundgemacht, dass der vom Stadtsenat am 3. Mai 2004 beschlossene Entwurf der beabsichtigten Änderung des Flächenwidmungsplanes der Landeshauptstadt Salzburg (Flächenwidmungsplan 1997 – FWP 1997, Gemeinderatsbeschluss vom 8. Juli 1998, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 15/1998, Seite 2, in der Fassung der letzten Änderung [*also in der Fassung der 24. Änderung durch Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2003, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 5/2004, Seite 2*]) für ein Gebiet im Bereich des Salzburg Airport - Parkplatzerweiterung entsprechend der planlichen Darstellung ON 15 samt dem erforderlichen Wortlaut zur allgemeinen Einsicht aufgelegt wird.

Die Auflage zur allgemeinen Einsicht erfolgt durch vier Wochen, und zwar in der Zeit

**vom 17. Mai 2004 bis
einschließlich 14. Juni 2004,**

bei der Mag. Abt. 9/00 - Raumplanung und Verkehr, Schwarzstraße 44, 4. Stock, während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden.

Innerhalb der Auflagefrist können gemäß § 21 Abs. 5 ROG 1998 von Trägern öffentlicher Interessen und von Personen, die ein Interesse glaubhaft machen, schriftliche Einwendungen erhoben werden. Die Einwendungen sind zu begründen und durch zur Beurteilung geeignete Unterlagen zu belegen.

Festgestellt wird, dass die beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes 1997 im Amtsblatt Nr. 5/2004 kundgemacht wurde.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Johann Padutsch

Magistrat Salzburg
Zahl: 9/00/31016/04/3

Salzburg, 10. Mai 2004

Betrifft:
Änderung des Flächenwidmungsplanes der Landeshauptstadt Salzburg (Flächenwidmungsplan 1997 - FWP 1997) für ein Gebiet im Bereich der Bahnhofstraße; hier: Kundmachung der beabsichtigten Änderung

Kundmachung

(1) Gemäß § 21 Abs. 1 in Verbindung mit § 23 Abs. 3 Salzburger Raumordnungsgesetz 1998 - ROG 1998, LGBl. Nr. 44/1998, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 13/2004, wird kundgemacht, dass eine Änderung des Flächenwidmungsplanes der Landeshauptstadt Salzburg (Flächenwidmungsplan 1997 – FWP 1997, Gemeinderatsbeschluss vom 8. Juli 1998, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 15/1998, Seite 2, in der Fassung der 24. Änderung durch Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2003, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 5/2004, Seite 2) für das in ON 1 planlich dargestellte Gebiet im Bereich der Bahnhofstraße beabsichtigt ist.

(2) Die Grundeigentümer werden hiemit aufgefordert, beabsichtigte Bauführungen innerhalb der Kundmachungsfrist bekannt zu geben und gegebenenfalls entsprechende Nutzungserklärungen gemäß § 17a Abs. 1 dritter Satz ROG 1998 abzugeben (die Kundmachungsfrist beträgt vier Wochen ab Verlautbarung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Salzburg, und zwar beginnt diese Frist mit Ablauf des Tages zu laufen, an dem das Stück des Amtsblattes, das die Kundmachung enthält, herausgegeben und versendet wird).

(3) Für eine Baulandausweisung wird auf die Voraussetzung des Vorliegens einer Nutzungserklärung hingewiesen. Für Nutzungserklärungen ist das durch Verordnung der Salzburger Landesregierung festgelegte Formular zu verwenden (§ 17a Abs. 1 ROG 1998). Entsprechende Formulare liegen beim Magistrat Salzburg (Magistratsabteilung 9 - Raumplanung und Verkehr, Schwarzstraße 44) auf.

(4) Zur Erstellung des Entwurfes des Flächenwidmungsplanes können innerhalb der in Abs. 2 genannten Kundmachungsfrist schriftliche Anregungen eingebracht werden.

Gemäß § 19 Abs. 1 des Salzburger Stadtrechts 1966 erfolgt hiemit die Kundmachung durch Auflegung zur öffentlichen Einsicht während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden (§ 13 Abs. 5 AVG) des Magistrates (bei der Magistratsabteilung 9/00 - Raumplanung und Verkehr, Schwarzstraße 44, 4. Stock).

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Johann Padutsch

Verfahren gemäß § 24 Abs.3 ROG 1998

Ansuchen

keine

Erteilte Bewilligung

Magistrat Salzburg
Zahl: 5/01/23290/2003/044

Salzburg, 27. April 2004

Betrifft:

Felbermayr Vermietungs GmbH., Raumordnungsmäßige Bewilligung (Einzelbewilligung) gemäß § 24 Abs. 3 ROG 1998 für den Aufbau bei bestehendem Bürogebäude auf Gst. 160 und 561/4 KG Itzling, Liegenschaft Vogelweiderstraße 115.

Kundmachung

Gemäß § 24 Abs. 3 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 1998 – ROG 1998 wurde aufgrund des Beschlusses des Stadtsenates der Landeshauptstadt Salzburg vom 15.3.2004 nach der mit Bescheid des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 20.4.2004, Zahl 20703-1/01316/9-2004, erteilten aufsichtsbehördlichen Genehmigung mit Bescheid des Magistrates Salzburg vom 27.4.2004, Zahl 5/01/23290/2003/043, die raumordnungsmäßige Bewilligung (Einzelbewilligung) für den Aufbau bei bestehendem Bürogebäude auf Gst. 160 und 561/4 KG Itzling, Liegenschaft Vogelweiderstraße 115, das im Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Salzburg als „Verkehrsfläche – Eisenbahnanlagen“ ausgewiesen ist, erteilt.

Für den Bürgermeister:
SR Dr. Herbert Lechner

Bebauungspläne

Einleitungen

Magistrat Salzburg
Zahl: 9/00/32632/2004/1

Salzburg, 6. Mai 2004

Betrifft:

Bebauungsplan der Aufbaustufe ‚Volksbank/Saint-Julien-Straße 1/A1‘; hier: öffentliche Auflage des Entwurfes für das Geviert Elisabethstraße, Franz-Neumeister-Straße, Plainstraße und Saint-Julien-Straße

Kundmachung

Gemäß § 38 Abs. 2 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 1998 - ROG 1998, LGBl. Nr. 44/1998, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 36/2004, wird kundgemacht, dass der Entwurf des Bebauungsplanes der Aufbaustufe ‚**Volksbank/Saint-Julien-Straße 1/A1**‘ für das Geviert Elisabethstraße, Franz-Neumeister-Straße, Plainstraße und Saint-Julien-Straße, KG Salzburg, durch vier Wochen, und zwar in der Zeit vom 14.5.2004 bis einschließlich 11.6.2004 beim Magistrat Salzburg (Magistratsabteilung 9/00 - Raumplanung und Verkehr, Schwarzstraße 44, 5020 Salzburg, 4. Stock) während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufgelegt wird.

Die in Betracht kommenden Dienststellen des Bundes, die gesetzlichen beruflichen Vertretungen sowie die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Planungsinteressen verfolgen, und die Personen, die ein berechtigtes Interesse glaubhaft machen, sind berechtigt, innerhalb der Auflagefrist begründete schriftliche Einwendungen vorzubringen. Die Einwendungen sind durch geeignete Unterlagen so zu belegen, dass eine einwandfreie Beurteilung möglich ist.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Johann Padutsch



STADT : SALZBURG Magistrat

Bau- und Anlagenbehörde

Auerspergstrasse 7

Montag bis Donnerstag,
7.30 bis 16.00 Uhr, Fr., 7.30 bis 13.00 Uhr
Tel. 8072 - 3311

Beschlüsse und Bausperren

Magistrat Salzburg
Zahl: 9/00/28555/2004/6

Salzburg, 4. Mai 2004

Betrifft:

Bebauungsplan „Generalregulierungsplan der Landeshauptstadt Salzburg“, Bebauungspläne „3“ und „27 (Nonntal)“ – Aufhebung von Beschlüssen; hier: Kundmachung der öffentlichen Auflage

Kundmachung

Gemäß § 27 Abs. 1 in Verbindung mit § 38 Abs. 2 und § 40 des Salzburger Raumordnungsgesetzes 1998 - ROG 1998, LGBl. Nr. 44/1998, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 36/2004, wird entsprechend der planlichen Darstellungen ON 2 und ON 3 kundgemacht:

1) Folgende Beschlüsse des Gemeinderates bzw. Planungsausschusses der Landeshauptstadt Salzburg, mit denen der Generalregulierungsplan der Landeshauptstadt Salzburg (Gemeinderatsbeschluss vom 19.5.1947, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 8/1956) im Gebiet der Schutzzone I (Salzburger Altstadterhaltungsgesetz 1980) abgeändert und Aussagen zu Bebauungsgrundlagen getroffen wurden, sollen aufgehoben werden:

Beschlüsse des Gemeinderates vom 27.10.1961 und 19.11.1963, kundgemacht in den Amtsblättern Nr. 34/35/36/1961 und Nr. 1/2/1964 (Akt „39B4“ für den Bereich Griesgasse 23 bis 25); Beschluss des Gemeinderates vom 19.11.1963, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 10/1966 (Akt „Teilbebauungsplan 39B3“ für den Bereich Judengasse 6); Beschluss des Gemeinderates vom 31.5.1966, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 14/1966 (Akt „TB 39B5“ für den Bereich Bierjodlgasse 5); Beschluss des Gemeinderates vom 17.10.1966, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 22/1966 (Akt „Teilbebauungsplan 31B14“ für den Bereich Linzer Gasse 26); Beschluss des Gemeinderates vom 18.11.1966, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 23/24/1966 (Akt „TB 40B3“ für den Bereich Schanzlgasse 4); Beschluss des Gemeinderates vom 30.7.1965, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 9/1967 (Akt „TB 31B12“ für den Bereich Müllner Hauptstraße 24); Beschluss des Gemeinderates vom 10.4.1967, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11/12/1967 (Akt „Baulinie R. d. S. 65 / 40HVB5“ für den Bereich Gisela-Kai 23); Beschluss des Gemeinderates vom 23.5.1967, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 14/1967 (Akt „39HVB104“ für den Bereich Sigmund Hafner Gasse 3); Beschluss des Gemeinderates vom 20.7.1967, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 18/1967 (Akt „40HVB107“ für den Bereich Gisela-Kai 37); Beschluss des Gemeinderates vom 20.6.1969, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 15/1969 (Akt „39HVB105“ für den Bereich Kaigasse 14); Beschluss des Gemeinderates

vom 18.5.1971, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11/1971 (Akt „39B112“ für den Bereich Ferdinand-Hanusch-Platz 1); Beschluss des Gemeinderates vom 10.1.1973, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 3/1973 (Akt „47B116“ für den Bereich Sinnhubstraße 28); Beschluss des Planungsausschusses vom 22.10.1975, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 21/1975 (Akt „zu 40B123“ für den Bereich zwischen Dr. Franz-Rehrl-Platz – Bürglsteinstraße – Gersbach – Gisela-Kai); Beschluss des Planungsausschusses vom 12.5.1976, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11/1976 (Akt „31HVB101“ für den Bereich des Salzachgässchens 2 bis 4 / Müllner Hauptstraße 34); Beschluss des Planungsausschusses vom 14.7.1976, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 18/19/1976 (Akt „31B146“ für den Bereich Dreifaltigkeitgasse / Makartplatz); Beschluss des Planungsausschusses vom 17.11.1976, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 23/1976 (Akt „40B140“ für den Bereich Steingasse 47); Beschluss des Planungsausschusses vom 4.5.1977, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11/1977 (Akt „zu 39B129“ für den Bereich Goldgasse 15 bis 19); Beschluss des Planungsausschusses vom 18.5.1977, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 12/13/1977 (Akt „39B130“ für den Bereich Platzl – Steingasse – Gisela-Kai); Beschluss des Planungsausschusses vom 27.7.1977, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 16/1977 (Akt „31B150“ für den Bereich Müllner Hauptstraße 23); Beschluss des Planungsausschusses vom 12.4.1978, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 12/13/1978 (Akt „31B155“ für den Bereich Augustiner-gasse 12); Beschluss des Planungsausschusses vom 14.3.1979, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 7/1979 (Akt „31B157“ für den Bereich Augustiner-gasse 5 und 5A); Beschluss des Planungsausschusses vom 23.5.1979, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11/1979 (Akt „31B158“ für den Bereich Lindhofstraße 5 – soweit dieser noch in Geltung steht); Beschluss des Planungsausschusses vom 21.5.1979, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11/1979 (Akt „39B132“ für den Bereich Kolleghof – St. Peter-Bezirk); Beschluss des Planungsausschusses vom 23.1.1980, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 3/1980 (Akt „40B145“ für den Bereich Kaigasse 33 und Krotachgasse 3); Beschluss des Planungsausschusses vom 4.3.1981, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 6/1981 (Akt „39B133/1“ für den Bereich Steingasse 39); Beschluss des Planungsausschusses vom 8.7.1981, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 14/1981 (Akt „31B164“ für den Bereich Müllner Hauptstraße 19 bis 21A); Beschluss des Planungsausschusses vom 13.10.1981, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 20/1981 (Akt „39B138“ für den Bereich Judengasse 12); Beschluss des Planungsausschusses vom 10.11.1982, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 22/1982 (Akt „39B134/1“ für den Bereich Griesgasse 21); Beschluss des Planungsausschusses vom 26.2.1986, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 5/1986 (Akt „40B155“ für den Bereich zwischen Rudolfskai – Sebastian-Stief-Gasse – Basteigasse und Landhausgasse); Beschluss des Planungsausschusses vom 11.6.1986, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 12/1986 (Akt „31B172“ für den Bereich Müllner Hauptstraße 8A).

2) Der Bebauungsplan „3“ (Gemeinderatsbeschluss vom 20.10.1951, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 3/1964) sowie folgende Beschlüsse des Gemeinderates bzw. Planungsausschusses der Landeshauptstadt Salzburg, mit denen dieser Bebauungsplan abgeändert und Aussagen zu Bebauungsgrundlagen getroffen wurden, sollen im Gebiet der Schutzzone I (Salzburger Altstadterhaltungsgesetz 1980) aufgehoben werden:

Beschluss des Gemeinderates vom 31.12.1965, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 3/1966 (Akt „Parzellierung L. d. S. 79 – 47B4“ für den Bereich Brunnhausgasse 7); Beschluss des Planungsausschusses vom 11.12.1974, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 25/1974 (Akt „39B125“ für den Bereich Brunnhausgasse 20A); Beschluss des Planungsausschusses vom 27.5.1987, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11/1987 (Akt „40B132/1“ für den Bereich Brunnhausgasse / Nonntaler Hauptstraße 34).

3) Der Bebauungsplan „27 (Nonntal)“ (Gemeinderatsbeschluss vom 26.2.1957, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 13/1957) sowie der Beschluss des Planungsausschusses vom 25.11.1970, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 40/1970 (Akt „40B129“ für den Bereich Zugallistraße 7 bis 11), mit dem dieser Bebauungsplan abgeändert und Aussagen zu Bebauungsgrundlagen getroffen wurden, sollen im Gebiet der Schutzzone I (Salzburger Altstadterhaltungsgesetz 1980) aufgehoben werden.

4) Die entsprechenden Planunterlagen werden durch vier Wochen, und zwar in der Zeit vom 18. Mai 2004 bis einschließlich 15. Juni 2004 beim Magistrat Salzburg (bei der Magistratsabteilung 9/00 - Raumplanung und Verkehr, Schwarzstraße 44, 5020 Salzburg, 4. Stock) während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Die in Betracht kommenden Dienststellen des Bundes, die gesetzlichen beruflichen Vertretungen sowie die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Planungsinteressen verfolgen, und die Personen, die ein berechtigtes Interesse glaubhaft machen, sind berechtigt, innerhalb der Auflagefrist begründete schriftliche Einwendungen vorzubringen. Die Einwendungen sind durch geeignete Unterlagen so zu belegen, dass eine einwandfreie Beurteilung möglich ist.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Johann Padutsch

Öffentliches Gut
Gemeingebrauch/
(Ent-) Widmungen

keine

Sonstiges

Magistrat Salzburg

Zahl: 8/01/20288/2004/005

Salzburg, 3. Mai 2004

Betrifft:

Steuerterminkalender Juni 2004

Städtische Steuern und Abgaben im Juni 2004

15. Ortstaxe u. bes. Fondsbeitrag
gem. Sbg. Tourismusgesetz für April 2004

Kommunalsteuer für Mail 2004

Vergnügungssteuer (nur regelmäßig
wiederkehrende Veranstaltungen) für Mai 2004

Für den Bürgermeister:
Santner



STADT : SALZBURG Amtsblatt

der Landeshauptstadt Salzburg

Jahrgang 55, Folge 9/2004
14. Mai 2004

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Stadtgemeinde Salzburg, Informationszentrum. Redaktion: Dr. Gaby Strobl-Schilcher, Produktion: Kerstin Pöttinger. Alle Schloss Mirabell, 5024 Salzburg, Tel. 0662/8072/2741 oder 2255, Email: info-z@stadt-salzburg.at. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Sinz Werbeagentur, Reichenhaller-Str. 10b, Tel. 0662/840110-50 (Fax DW 10), ISDN: 840110-80, Email: office@sinz.at. Gültiger Anzeigentarif von 19. Dezember 1990. Erscheint zweimal im Monat. Bezugspreis: im Abonnement jährlich € 18,89 Postsparkassenkonto 1889.206, Girokonto 17004 der Salzburger Sparkasse. Druck: Im Haus. Das Amtsblatt der Stadt Salzburg ist das offizielle Kundmachungsorgan der Stadtverwaltung Salzburg.

Pass-Service
Ihr direkter Draht
Tel. 8072 – 3570

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/019

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Sandor-Vegh-Straße und Gst. 325/147 KG Morzgg; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 2** bestimmt worden, dass im Bereich der Sandor-Vegh-Straße und Gst. 325/147 KG Morzgg, vom Gst. 325/127 KG Morzgg in südlicher Richtung bis auf Gst. 325/147 KG Morzgg im Bereich der Liegenschaft Sandor-Vegh-Straße ON 15 (Gst. 325/30 KG Morzgg), ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Dieser Hauptkanal ist nunmehr, ausgenommen das nördliche Teilstück (von Gst. 325/127 KG Morzgg in südlicher Richtung bis in den nördlichen Bereich der Liegenschaft Sandor-Vegh-Straße ON 9, Gst. 325/33 KG Morzgg) ab der nördlichen Grundgrenze des Gst. 325/33 KG Morzgg (Liegenschaft Sandor-Vegh-Straße ON 9) in südlicher Richtung bis auf Gst. 325/47 KG Morzgg im Bereich der Liegenschaft Sandor-Vegh-Straße ON 15 (Gst. 325/30 KG Morzgg), errichtet worden.

III.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt II genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschreibung anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 4. Dezember 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Ing. Dr. Josef Huber

Info-Z
Ihr direkter Draht
Tel. 8072 – 2501

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/020

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Konstanze-Weber-Gasse, von der Georg-N.-v.-Nissen-Straße in südlicher Richtung; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 3 lit.a** bestimmt worden, dass im Bereich der Konstanze-Weber-Gasse, von der Georg-N.-v.-Nissen-Straße in südlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Konstanze-Weber-Gasse ON 19 (Gst. 327/29 KG Morzgg), ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschreibung anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 11. Dezember 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Ing. Dr. Josef Huber



STADT : SALZBURG Magistrat

WirtschaftsService

- Standort- und Bodenpreisberatung
 - Projektkoordinierung
 - Wirtschaftsförderungen
 - Betriebsreportagen im stadt:leben
- Elisabethstrasse 2/4 (Kieselgebäude)
Tel. 8072 – 2042
Fax. 8072 – 3405
wirtschaftsservice@stadt-salzburg.at
www.stadt-salzburg.at/wirtschaft

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/021

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Berchtold-v.-Sonnenburg-Gasse, von der Konstanze-Weber-Gasse ca. 38 m in westlicher Richtung; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 4** bestimmt worden, dass im Bereich der Berchtold-v.-Sonnenburg-Gasse, von der Konstanze-Weber-Gasse ca. 38 m in westlicher Richtung, dann weiter in südlicher Richtung bis zur Maria-Pertl-Gasse, ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschrift anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 26. September 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
 Der Stadtrat
 Ing. Dr. Josef Huber

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/022

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Peter-Cornelius-Gasse, von der Berchtold-v.-Sonnenburg-Gasse nach Westen; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 5** bestimmt worden, dass im Bereich der

Peter-Cornelius-Gasse, von der Berchtold-v.-Sonnenburg-Gasse in westlicher Richtung und anschließend in südlicher Richtung bis zur Maria-Pertl-Gasse, ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschrift anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 29. Oktober 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
 Der Stadtrat
 Ing. Dr. Josef Huber

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/023

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Maria-Pertl-Gasse, von der Berchtold-v.-Sonnenburg-Gasse nach Westen; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 6** bestimmt worden, dass im Bereich der Maria-Pertl-Gasse, von der Berchtold-v.-Sonnenburg-Gasse in westlicher Richtung bis zur Peter-Corneliusgasse, ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschrift anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 13. Oktober 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
 Der Stadtrat
 Ing. Dr. Josef Huber

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/024

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Gst. 327/16, 327/100 KG Morzg und der Süßmayerstraße Gst. 327/41 KG Morzg, von der Konstanze-Weber-Gasse nach Osten; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 7** bestimmt worden, dass im Bereich der Gst. 327/16, 327/100 KG Morzg und der Süßmayerstraße Gst. 327/41 KG Morzg, von der Konstanze-Weber-Gasse in östlicher Richtung die Gst. 327/16, 327/100 KG Morzg querend, dann weiter ca. 50 m in östlicher Richtung in der Süßmayerstraße Gst. 327/41 KG Morzg bis in den Bereich des Gst. 327/107 KG Morzg, ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschreibung anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 20. November 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
 Der Stadtrat
 Ing. Dr. Josef Huber

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/025

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Süßmayerstraße, vom Gst. 327/36 KG Morzg nach Süden; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist

gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 8** bestimmt worden, dass im Bereich der Süßmayerstraße, vom Gst. 327/36 KG Morzg in südlicher Richtung bis in den Bereich des Gst. 327/41 KG Morzg, ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschreibung anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 13. August 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
 Der Stadtrat
 Ing. Dr. Josef Huber

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/21866/2004/026

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich der Richard-Berndl-Straße, von der Konstanze-Weber-Gasse nach Westen; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 3. Dezember 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 1/2003, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 9** bestimmt worden, dass im Bereich der Richard-Berndl-Straße, von der Konstanze-Weber-Gasse in westlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Richard-Berndl-Straße ON 13 (Gst. 144/75 KG Leopoldskron), ab 1. Oktober 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschreibung anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 28. Juli 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
 Der Stadtrat
 Ing. Dr. Josef Huber

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/31501/2004/001

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich des Gst. 290/12 KG Morzg, von der Berchtesgadner Straße im Bereich des Objektes Dr.-Adolf-Altmann-Straße ON 4 nach Südosten; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 24. Februar 2004, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 6/2004, Seite 15, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG bestimmt worden, dass im Bereich des Gst. 290/12 KG Morzg, von der Berchtesgadner Straße im Bereich des Objektes Dr.-Adolf-Altmann-Straße ON 4 in südöstlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Dr.-Adolf-Altmann-Straße ON 4 (Gst. 288 KG Morzg), ab 17. November 2003 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschreibung anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 20. November 2003

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Ing. Dr. Josef Huber



STADT : SALZBURG Magistrat

Stadtbücherei

Hauptbücherei

Mo, Do, Fr: 10 – 18 Uhr, Di und Mi:
15 - 19 Uhr Tel. 8072-2450

Kinderbücherei

Mo bis Fr: 15 – 18 Uhr, Do: 10 – 12 Uhr
Tel. 8072 – 2491

Mediathek

Mo, Do, Fr: 10-18 Uhr, Di, Mi: 15-19 Uhr
Tel. 8072 - 2155

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/27434/2004/002

Salzburg, 22. April 2004

Betrifft:

Errichtung von Hauptkanälen in bestimmten Gebieten, Bestimmung des Erfordernisses sowie des Zeitpunktes hiefür gemäß § 10 Abs.2 ALG; hier: Gebietskanalisationen

- 1.) GK Sam West II, Samstraße,
- 2.) GK Möslweg und Nebenstraßen,
- 3.) GK Lieferung West – Herrenau Rott, Teilgebiet 2 - Herrenau/Forellenweg/Ost,
- 4.) (GK Saalachstrasse)

Kundmachung

Der Bauausschuss der Landeshauptstadt Salzburg hat in seiner Sitzung vom 13.4.2004 beschlossen:

Gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG, LGBl.Nr. 77/1976, wird bestimmt, dass im Bereich

- 1.) der Samstraße, vom bestehenden Hauptkanal im Bereich der Ischlerbahntrasse in nordwestlicher Richtung bis zur Einmündung in den unbenannten Weg Gst. 2758/3 KG Hallwang II (Objekt Berg-Sam ONr. 23),
- 2.) des unbenannten Weges Gst. 2758/3 KG Hallwang II, von der Samstraße (Objekt Berg-Sam ONr. 23) in östlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Berg-Sam ONr. 42 (Gst. 2306/4 KG Hallwang II),
- 3.) des Gst. 2183/4 im Bereich des Söllheimerbaches, gegenüber dem Objekt Lerchenstraße ONr. 121 in nordwestlicher Richtung, die Gst. 2183/4 und 2183/1 KG Hallwang II querend, parallel zu den östlichen Grundgrenzen der Gst.2183/17, 2183/13 und 2183/12 KG Hallwang II, bis zum Möslweg,
- 4.) des Möslweges,
 - a) von der Liegenschaft Möslweg ONr. 25 (Gst. 2186/2 KG Hallwang II) in nordöstlicher Richtung bis in den Bereich der westlichen Gebäudefront des Objektes Möslweg ONr. 15 (Gst. 2183/34 KG Hallwang II), dann weiter auf Gst. 2182/2 KG Hallwang II in östlicher Richtung bis zum Möslweg,
 - b) vom Gst. 2182/2 KG Hallwang II in südöstlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Möslweg 10 (Gst. 2182/5 KG Hallwang II),
 - c) vom Gst. 2182/2 KG Hallwang II (Liegenschaft Möslweg ONr. 29) in nordwestlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Möslweg ONr. 18 (Gst. 2410/2 KG Hallwang II),

- 5.) des Gst. 2416/5 KG Hallwang II, vom Möslweg in südwestlicher Richtung bis in den Bereich ca. 5 m nordöstlich der nordöstlichen Gebäudefront des Objektes Möslweg ONr. 31 (Gst. 2416/5 KG Hallwang II),
- 6.) des Gst. 2410/2 KG Hallwang II, vom Möslweg in nordöstlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Möslweg ONr. 18A (Gst. 2410/10 KG Hallwang II),
- 7.) der Zufahrt Gst. 246/22 KG Lieferung II, vom bestehenden Hauptkanal auf Gst. 246/13 KG Lieferung II (im Bereich der Liegenschaft Herrenau-Rott ONr. 30) in nordwestlicher Richtung, das Gst. 2549/35 KG Lieferung querend, dann weiter auf Gst. 259/2 KG Lieferung II bis in den Bereich der Zufahrt zur Liegenschaft Herrenau-Rott ONr. 31 (Gst. 259/33 KG Lieferung II), von da in westlicher Richtung bis in den Bereich der nördlichen Gebäudefront des Objektes Herrenau-Rott ONr. 31 (Gst. 259/33 KG Lieferung II),
- 8.) des Gst. 2554/21 KG Lieferung II, vom bestehenden Verbandssammlers in südwestlicher Richtung, die Saalachstrasse (Gst. 2254/22 KG Lieferung II) querend, dann weiter in der Saalachstrasse, von der Liegenschaft Saalachstrasse ONr. 110A in südwestlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Saalachstrasse ONr. 104 (Gst. 196/5 KG Lieferung II),
- 9.) des Gst. 201/1 KG Lieferung II, von der Saalachstrasse (nördlicher Bereich der Liegenschaft Saalachstraße ONr. 110A) in südöstlicher Richtung bis in den Bereich des Gst. 200/3 KG Lieferung II,
- 10.) des Gst. 909/1 KG Lieferung II, vom bestehenden Hauptkanal im nordöstlichen Bereich des Gst. 909/1 KG Lieferung II (westlich des Objektes Münchner Bundesstraße ONr. 137) entlang der westlichen Grundgrenze des Gst. 909/7 KG Lieferung II, dann weiter parallel mit den Gst. 910/5 (Saalachstrasse ONr. 32) und 912/1 KG Lieferung II (Friedrich-v.-Walchen-Straße ONr. 16), bis in den nördlichen Bereich der Friedrich-v. Walchen-Straße (Gst. 2470/2 KG Lieferung II),
- 11.) der Friedrich-v.-Walchen-Straße, von der südlichen Grundgrenze des Gst. 909/1 KG Lieferung II (gegenüber Objekt Friedrich-v.-Walchen-Straße-ONr. 16) in südwestlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Friedrich v.-Walchen-Straße ONr. 2 (Gst. 155/2 KG Lieferung II),
- 12.) der Gst. 156/10 (Friedrich-v.-Walchen-Straße 14) und 156/23 (Saalachstrasse ONr. 40B) KG Lieferung II, von der Friedrich-v.-Walchen-Straße im Bereich der Liegenschaft Friedrich-v.-Walchen-Straße ONr.14 in

östlicher Richtung bis auf Gst. 155/23 KG Lieferung II,

- 13.) der Gst. 909/7 (westlich des Objektes Münchner Bundesstraße ONr. 131) und 909/3 KG Lieferung II, von der westlichen Grundstücksgrenze des Gst. 909/7 KG Lieferung II in östlicher Richtung entlang der südlichen Grundgrenze des Gst. 909/3 KG Lieferung II bis in den Bereich der südöstlichen Gebäudefront des Objektes Münchner Bundesstraße ONr. 131 (Gst. 909/3 KG Lieferung II), gegenüber dem Objekt Saalachstraße ONr. 26 (Gst. 910/6 KG Lieferung II),

Hauptkanäle vom 1. April 2004 an zu errichten sind.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Ing. Dr. Josef Huber

Magistrat Salzburg
Zahl: 6/02/51804/2002/007

Salzburg, 5. Mai 2004

Betrifft:

Errichtung eines Hauptkanales im Bereich des Gst. 1915/2 KG Bergheim II, vom südwestlichen Grundstückseck des Gst. 1914/4 KG Bergheim II in nördlicher Richtung; hier: Feststellung des Zeitpunktes der Errichtung dieses Hauptkanales (Fertigstellungsverordnung)

Verordnung

I.

Durch Beschluss des Bauausschusses vom 12. März 2002, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 7/2002, Seite 5, ist gemäß § 10 Abs. 2 des Anliegerleistungsgesetzes - ALG unter **Punkt 6** bestimmt worden, dass im Bereich des Gst. 1915/2 KG Bergheim II, vom südwestlichen Grundstückseck des Gst. 1914/4 KG Bergheim II in nördlicher Richtung bis in den Bereich der Liegenschaft Rauchenbichlerstraße ON 22 und ON 23 (Gst. 1907/2 KG Bergheim II), ab 1. März 2002 ein Hauptkanal zu errichten ist.

II.

Im Hinblick auf die im wesentlichen abgeschlossenen Herstellungsarbeiten des unter Punkt I genannten Hauptkanales wird für die diesbezügliche Beitragsvorschreibung anlässlich der "Errichtung des Hauptkanales" im Sinne des § 11 Abs. 1 ALG als maßgeblicher Errichtungszeitpunkt

der 9. April 2002

bestimmt.

Für den Bürgermeister:
Der Stadtrat
Dr. Martin Panosch

Öffentliche Ausschreibungen

Der (Die) hier wiedergegebene(n) Text(e) einer Bekanntmachung im (in) Vergabeverfahren ist eine zusätzliche Information. Der rechtsverbindliche Text ist unter www.salzburg.gv.at abrufbar. Die Bekanntmachung unter www.salzburg.gv.at kann auch bereits vor Erscheinen der gegenständlichen Folge des Amtsblattes vorgenommen worden sein.

Magistrat Salzburg
Zahl: 7/02/31517/2004/002

Salzburg, 28. April 2004

Betrifft:

**Offenes Verfahren (Öffentliche Ausschreibung)
Ankauf von 2 Kipperladebrücken samt Ladekränen
für den Fuhrpark der Stadtgemeinde Salzburg**

Offenes Verfahren

Ankauf von 2 Kipperladebrücken samt Ladekränen für den Fuhrpark der Stadtgemeinde Salzburg.

Auftraggeber:
Stadtgemeinde Salzburg.

Ausschreibende Dienststelle:
Magistratsabteilung 7/02, Wirtschaftshof,
Siezenheimerstraße 20, 5020 Salzburg,
Tel.: 0662/8072-4500, Fax: 0662/8072-2072,
E-mail: wirtschaftshof@stadt-salzburg.at.

Gegenstand der Leistung:
Ankauf von 2 Kipperladebrücken samt Ladekränen.

Geplanter Liefertermin:
12 Wochen ab schriftlicher Auftragserteilung.

Ausschreibungsunterlagen:
Die Unterlagen können ab Montag, den 3. Mai 2004, beim Wirtschaftshof, Siezenheimerstraße 20, 5020 Salzburg, während der Amtsstunden behoben bzw. unter der Tel.-Nr. 0662/8072-4500, Fax: 0662/8072-2072 sowie E-mail: wirtschaftshof@stadt-salzburg.at angefordert werden. Für die Anbotsunterlagen ist ein Kostenbeitrag in Höhe von € 24,- (inkl. 20 % MwSt.) zu leisten. Dieser Kostenbeitrag wird mittels Rechnung vorgeschrieben.

Zulässigkeit von Teilangeboten bei gegenständlicher Ausschreibung sind:
Die Abgabe von Teilangeboten ist nicht zulässig.

Alternativangebote:

Gemäß § 69 Bundesvergabegesetz 2002 sind Alternativangebote nur neben einem ausschreibungsgemäßen Angebot zulässig.

Einreichungsfrist der Angebote:

Spätestens Mittwoch, 26. Mai 2004, 08.30 Uhr.

Einreichungsort:

Magistrat Salzburg, Haupt-, Ein- und Auslaufstelle,
Schloss Mirabell, 5024 Salzburg.

Ende der Zuschlagsfrist:

12 Wochen nach Ablauf der Einreichungsfrist.

Angebotsöffnung:

Mittwoch, 26. Mai 2004, 10.00 Uhr, Siezenheimerstraße
20, 5020 Salzburg, Amtsleitung.

Für den Bürgermeister:
Der Abteilungsvorstand:
SR Dr. Helmut Stadler



STADT : SALZBURG Magistrat

Frauenbüro

Schloss Mirabell
Montag bis Donnerstag, 7.30 bis 16.00 Uhr,
Freitag, 7.30 bis 12.00 Uhr
Tel. 8072 – 2043, Fax: 8072 – 2066
frauenbuero@stadt-salzburg.at
www.stadt-salzburg.at/frauen



STADT : SALZBURG Magistrat

Bürgerservice

Ihr Anliegen ist unser Anliegen:

Mit dem Bürgerservice bietet Ihnen die Stadtverwaltung eine zentrale Anlaufstelle, deren Mitarbeiter Anregungen, Hinweise oder Beschwerden gerne entgegennehmen und weiterbearbeiten.

Schloss Mirabell
Montag bis Donnerstag, 7.30 bis 16.00 Uhr,
Freitag, 7.30 bis 13.00 Uhr
Tel. 8072 - 2000

«FIRMA2» «FIRMA»
«FIRMA3»
«STRASSE»
«PLZ» «ORT»

DVR 0089443



STADT : SALZBURG

Amtsblatt

Regelmäßig, zeitgerecht und zuverlässig informiert zu sein, wird nicht nur für Firmen und Betriebe, sondern auch für Privatpersonen immer wichtiger.

Das zweimal monatlich erscheinende Amtsblatt der Stadt bietet als offizielles Organ der Stadtverwaltung wertvolle Informationen aus erster Hand wie:

- **Beschlüsse des Gemeinderates**
- **Kundmachungen besonderer Rechtswirksamkeit**
- **Öffentliche Ausschreibungen**
- **u.v.m.**



Bestellschein

Ich bestelle hiermit ein Jahresabonnement (mindestens 24 Ausgaben) Des „Amtsblattes der Stadt Salzburg“.

Name: _____

Straße: _____

UID-Nummer: _____

Postleitzahl: _____ Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Das Abo verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens bis November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Bitte einsenden an: Info-Z, Schloss Mirabell, A-5024 Salzburg



STADT : SALZBURG

Amtsblatt

Nur EURO 18,89
pro Jahr im Abo

Kundmachungen,
Ausschreibungen,
u.v.m. aus der
Stadt Salzburg